



Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe III/2012

Jahrgang 45

Verband Bayerischer Rechtspfleger bei der SPD-Landtagsfraktion

Auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion besuchten Kurt Rosemann, Georg Saffert, Dieter Santl und Claudia Kammermeier am 11. Juli 2012 die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion: MdL Franz Schindler, rechtspolitischer Sprecher und Vorsitzender des Arbeitskreises für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, MdL Stefan Schuster, Sprecher und stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises für Fragen des öffentlichen Dienstes, MdL Florian Ritter, Rechtsausschuss, Beate Büttner, Rechtsassessorin und parlamentarische Beraterin sowie RiLG Uli Hübner, Mitarbeiter der SPD-Fraktion.

Der Verband erläuterte den Personalbedarf im Rechtspflegerbereich und wies auf die wirtschaftlichen Folgen des Fehlbestandes z.B. im Grundbuch- und Registergericht hin. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit und die geplanten Übertragungen weiterer Aufgaben im Insolvenzbereich, bei der PKH und durch die Einführung der elektronischen Akte wird sich der Mangel



v.l. MdL Franz Schindler, MdL Stefan Schuster, Georg Saffert, MdL Florian Ritter, Claudia Kammermeier, Dieter Santl

Inhaltsverzeichnis

- ◆ VERBAND bei der SPD-Landtagsfraktion S. 1
- ◆ Sitzung des Hauptausschusses des BBB S. 2
- ◆ Der traditionelle Dämmerschoppen S. 3
- ◆ Ziehung der Gewinner des Neujahrsrätsels 2012 S. 4
- ◆ 2. Bayerischer Rechtspfleger- und Sachverständigentag S. 4
- ◆ Festveranstaltung der BJJ S. 6
- ◆ Neues aus dem BV Traunstein S. 6
- ◆ Diverses S. 8

weiter verschärfen. Die SPD-Fraktion sicherte Unterstützung zu.

Weiter wurde die unbefriedigende Beförderungssituation besprochen. Eine Ver-

besserung ist dringend erforderlich, zumal die Dienstrechtsreform für die Rechtspfleger kaum Verbesserungen gebracht habe. Die SPD sagte auch hier Unterstützung zu.

Der Verband erläuterte die Forderung nach einem Eingangsamt mindestens in A 10, wofür Verständnis gezeigt wurde. Auch wegen der demografischen Entwicklung muss der Beruf des Rechtspflegers attraktiver werden, um die offenen Stellen zukünftig mit gutem Personal besetzen zu können.

Um den Personalfehlbestand auszugleichen, sollten die Aufgaben möglichst effektiv innerhalb der Justiz verteilt werden. Nach Ansicht des Verbandes fördern abgeschlossene Aufgabenbereiche dies. Die SPD sagte dem Verband volle Unterstützung bei der Übertragung der Nachlass- und Registersachen zu.

Thematisiert wurde auch der mögliche Wegfall der Rechnungsbeamten durch den Entwurf des 2. Kostentrechtsmodernisierungsgesetz. Die SPD wird hierzu eine entsprechende Stellungnahme abgeben.

Die Mitglieder des Verbandes bedankten sich für das angenehme Gespräch und die zugesagte Unterstützung sehr herzlich bei MdL Schindler und seinen Kollegen.

Claudia Kammermeier

Sitzung des Hauptausschusses des BBB am 02.07.2012 in München

In der jährlichen Sitzung des Hauptausschusses des BBB wurde der VERBAND vertreten durch die Delegierten Christine Hofstetter und Daniela Woite, sowie Peter Hofmann, Mitglied im Hauptvorstands und natürlich Claudia Kammermeier als Vorstandsmitglied des BBB.

Der Vorsitzende Rolf Habermann begrüßte die anwesenden Mitglieder und Ehrengäste, allen voran den Bayerischen Staatsminister für Finanzen Dr. Markus Söder, sowie Vertreter aller Parteien im Landtag. Er stellte in seiner Begrüßung die positive Bilanz des neuen Dienstrechts dar und richtete an die Verantwortlichen die Forderung den darin enthaltenen Leistungsgedanken in die Praxis umzusetzen. Insofern erwarte er in 2013 einen „Paukenschlag“.



Bayerischer Staatsminister der Finanzen Markus Söder

Einen „Paukenschlag“ konnte der Bayerische Staatsminister für Finanzen Dr. Markus Söder für das kommende Jahr nicht ankündigen. Er versprach jedoch die Realisierung von Leistungsstufen und Leistungsprämien, die planmäßige Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche mit Stellenausgleich und den Wegfall der Absenkung der Eingangsbesoldung. Außerdem stehe er zu 100 Prozent hinter dem Berufsbeamtentum und widersetze sich vehement jedem Privatisierungsgedanken.

Auch die CSU, vertreten durch den Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag Georg Schmid, ist für die Beibehaltung des Berufsbeamtentums.



v.l. Peter Hofmann, Christine Hofstetter

Sein Dank gilt allen Beamten die Ihre Arbeitskraft für eine funktionierende Verwaltung einsetzen. Sein besonderer Dank gilt aber auch der guten und effektiven Zusammenarbeit mit dem BBB.

Markus Rinderspacher, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, forderte aufgrund der demographischen Entwicklung eine höhere Bewertung des Beamtentums um auch langfristig qualifizierte Bewerber gewinnen zu können.

Weitere Grußworte sprachen Peter Meyer, MdL für die Fraktion der Freien Wähler, Adi Sprinkart für die Fraktion von Bündnis 90/die Grünen und Thomas Hacker, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte der Homepage des BBB.

Daniela Woite

Der traditionelle Dämmer-schoppen auf der Sennigshöhe

Der schönen Tradition folgend fand am 13.07.2012 wieder der jährliche Dämmer-schoppen des BV Coburg statt. Bei mäßigem Wetter, aber dafür wunderba-

ren Würsten, trafen sich Kollegen und Gäste aus nah und fern.

Der Vorsitzende des BV Coburg Karl-Heinz Zeibich begrüßte die Anwesenden, insbesondere MD Dr. Schön, und wünschte allen Anwesenden angeregte Unterhaltung und ein fröhliches Beisammensein.

Auch MD Dr. Schön begrüßte in seiner Rede die Anwesenden und berichtete anschließend über die Stellenplanungen im Doppelhaushalt 2013/2014. Für Rechtspfleger sind neben 151 Stellenhebungen erstmals nach langer Zeit wieder neue Stellen (48) vorgesehen.

Claudia Kammermeier als Vertreter der Vorstandschaft des VERBANDS berichtete über Aktuelles aus den Verbänden, dem BBB, dem BDR und dem VBR.

Ausdrücklich wies sie auf die satzungsgemäßen Ziele des VERBANDS hin, das Berufsbild des Rechtspflegers noch attraktiver zu gestalten durch die Schaffung geschlossener Aufgabengebiete, die Vermeidung von Doppelzuständigkeiten, aber auch die verbesserte Wahrnehmung des Rechtspflegers als Entscheider.

Der VERBAND kämpfe daher für weitere Aufgabenübertragungen auf den Rechtspfleger. Er kämpfe aber genauso intensiv für eine bessere Personalausstattung der Gerichte, die dringend erforderlich sei um die tägliche Arbeit in der gewohnt guten Qualität bewältigen zu können. Insoweit erfolgt der Aufruf an das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz und an die Politik, zum Wohle der Beschäftigten, vor allem aber auch für eine funktionierende Justiz in Bayern sich für eine Personalmehrung einzusetzen.

Daniela Woite

Der Präsident des Amtsgerichts München Gerhard Zierl zieht die Gewinner des Neujahrrätsels 2012

Die Ziehung der Gewinner des diesjährigen Neujahrrätsels hat sich leider etwas verzögert. Am 17.07.2012, zum Sommerfest des Amtsgerichts München, war es aber dann soweit. Der Präsident Gerhard Zierl hat sich bereit erklärt, in die Rolle der Glücksfee zu schlüpfen und die 5 Gewinner aus den zahlreichen Einsendung zu ziehen



Präsident des Amtsgerichts München Gerhard Zierl (links), Schriftleiterin des Kuriers Daniela Woite (rechts)

Diese sind:

1. Preis: Frau Heike Hamperl, Staatsanwaltschaft Regensburg, gewinnt: *Bienwald/Sonnenfeld/Hoffmann*, *Betreuungsrecht, Kommentar*, 5. Auflage (Juni 2011!)
2. Preis: Frau Monika Fünffinger, OLG München, gewinnt:

Bork/Jacoby/Schwab, *FamFG, Kommentar*

3. Preis: Herr Karl-Heinz Vogel, AG Nördlingen, gewinnt:

Arnold/Meyer-Stolte/Herrmann/Hintzen/Rellermeyer, *RPfIG*, 7. Auflage

4. und 5. Preis: Frau Christine Pawlowski, AG Bamberg, und Herr Johannes Daffner, AG Rosenheim, gewinnen je:

Eickmann/Böttcher, *Grundbuchverfahrensrecht*, 4. Auflage (September 2011!)

Herzliche Gratulation allen Gewinnern und herzlichen Dank allen Teilnehmern. Ein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Schleicher vom Gieseking Verlag für seine großzügige Bücherspende. Und für alle die dieses mal nicht gewonnen haben gilt wieder das Motto: neues Jahr - neues Rätsel - neues Glück!

Daniela Woite

Bericht vom 2. Bayerischen Rechtspfleger- und Sachverständigentag

Am 23. Mai 2012 fand im „Marktvorsteheraal“ der IHK in Nürnberg der 2. Bayerische Rechtspfleger- und Sachverständigentag statt. Diese Weiterbildungsveranstaltung wurde vom LVS Bayern mit freundlicher Unterstützung der IHK organisiert und vom Verband Bayerischer Rechtspfleger mit vorbereitet.

Die Veranstaltung sollte sich an alle Rechtspfleger und Sachverständige richten, die mit Zwangsversteigerungsverfahren befasst sind. Bereits die Einladung versprach einen interessanten Tag für beide Berufsgruppen. Als wichtige Themen der Immobilienbewertung und die jeweiligen Referenten seien genannt:

- ◆ Begutachtung gemäß ZVG (Gutachterausswahl, Verfahren, Haftung) – Peter Pillipp, Rechtspfleger und Gruppenleiter am AG Würzburg
- ◆ Beurteilung von Verkehrswertgutachten durch Rechtspfleger/innen – Hans Netscher, öbuv SV, fachlicher Leiter Immobilienbewertung Institut für Sachverständigenwesen IfS, Meersburg
- ◆ Der Sachverständige im Spannungsfeld – „sollen“ und „dürfen“ – Podiumsdiskussion mit: Mirja Kapfer, Rechtspflegerin und Gruppenleiterin am AG München, Hans Netscher, Herbert Schlatt, öbuv SV, München
- ◆ Bewertung von Eigentumswohnungen – Wissenswertes aus der Praxis – Jürgen Jacoby, öbuv SV, Cham

Über diese eigentlichen Themen hinaus war das wesentliche Ziel der Fortbildung, die beiden Berufsgruppen zusammenzubringen. Losgelöst vom konkreten Auftrag im Einzelfall sollte ein reger Gedanken- und Erfahrungsaustausch ermöglicht werden und eine Diskussion angestoßen werden. Erkannte Probleme sollten einer in der Praxis umsetzbaren Lösung zugeführt werden.

Insbesondere führten so wichtige Einzelfragen, wie die Bewertung von Miteigentumsanteilen, die Beauftragung des Sachverständigen mit der Ermittlung von eventuellen Mietern oder Pächtern und die Vornahme von Abschlägen bei fehlender Innenbesichtigung zu kontroversen Diskussionen. Die Meinungen gingen hier in beiden Berufsgruppen auseinander. Man war sich aber einig, dass gerade zur Klärung von Einzelfragen der Kontakt weiter gepflegt werden sollte.

Die Zielsetzung, „über den eigenen Tellerrand zu blicken“, wurde bereits zu Beginn der Veranstaltung durch die Grußworte von Herrn Daniel Lasser, Referent für Sachverständigenwesen, IHK Nürnberg, Herrn Peter Küspert, Präsident des

Oberlandesgerichts Nürnberg, und Herrn Peter Hofmann, unserem Landesvorsitzenden, betont. Mir kam die angenehme Aufgabe zu, die Veranstaltung mit einem kurzen Schlusswort abzuschließen. Mein Dank gilt den Veranstaltern, vor allem aber den Teilnehmern, die die Veranstaltung erst mit Leben erfüllt haben.

Auf Wiedersehen beim dann 3. Bayerischen Rechtspfleger- und Sachverständigentag im Jahr 2014 (oder für das dann vielleicht erste Mal – bereits jetzt ein herzliches Willkommen)!

Tanja Raab



Frau Anna Maria Tuscher-Sauer, die Fachbereichsleiterin des Fachbereichs Immobilienbewertung im LVS Bayern, im Gespräch mit unseren Vorstandsmitgliedern Tanja Raab und Peter Hofmann



Gruppenbild der Mitwirkenden

Festveranstaltung der BJJ am Freitag, 29. Juni 2012

„Es geht immer um den Menschen, deshalb ist Solidarität unverzichtbar.“ – Unter diesem Motto stand der Landesverbandstag der Bayerischen Justiz-Gewerkschaft e.V. im Juni 2012 in Nürnberg.

Wie alle fünf Jahre fand dieser Delegiertentag - vor allem mit den Neuwahlen des Landesvorstands der BJJ - statt. Zudem war heuer das 60jährige Bestehen der Gewerkschaft zu feiern. Damals wie heute ist die Organisation in und Vertretung durch Verbände wichtig, um die Rechte jedes einzelnen angemessen zu wahren.

Bei der Festveranstaltung am 29.06.2012 im Königssaal des Oberlandesgerichts Nürnberg konnte der alte und neu gewählte Landesvorsitzende Hans-Joachim Freytag Gäste aus nah und fern begrüßen. Die Grußworte sprachen der Präsident des Oberlandesgerichts Nürnberg, Herr Peter Küspert, der Bürgermeister der Stadt Nürnberg, Herr Horst Förther, die Bundesvorsitzende der Deutschen Justizgewerkschaft, Frau Elke Koch, und der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes, Herr Rolf Habermann. Von den Fraktionen beteiligten sich die Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Frau Christine Stahl, der Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Herr Peter Meyer, der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr MdL Thomas Hacker, und für die Fraktion der CSU im Bayerischen Landtag Frau MdL Petra Guttenberger mit einem Grußwort. Herr MdL Horst Arnold – für die Fraktion der SPD im Bayerischen Landtag - ließ sich kurzfristig entschuldigen. Aus dem Kreis der Mitglieder der Personalvertretungen nahmen unter anderem der Vorsitzende des Hauptpersonalrats, unser stellvertretendes Vorstandsmitglied Robert Schmid, die Vorsitzende des Bezirkspersonalrats bei dem Oberlandesgericht Bamberg, unsere Schriftführerin Christi-

ne Hofstetter, und die Vorsitzende des Bezirkspersonalrats bei dem Oberlandesgericht Nürnberg, unser stellvertretendes Vorstandsmitglied Tanja Raab teil. Die Festansprache hielt der Ministerialdirigent Dr. Thomas Dickert aus dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Der anschließende Empfang bot den Teilnehmern Gelegenheit zur angeregten Diskussion – vor allem über die in den Ansprachen erörterten Themen – die Herausforderungen des elektronischen Rechtsverkehrs, ein nachhaltiges Gesundheitsmanagement oder die Personalpolitik, um nur drei davon zu nennen.

Tanja Raab

Neues aus dem BV Traunstein: Alter Vorstand des Rechtspflegerverbandes im Amt bestätigt Sicherheitsfragen prägten die Diskussion der Jahreshauptversammlung

Traunstein: Rechtspfleger aus den Amtsgerichtsbezirken Altötting, Laufen, Mühldorf a. Inn, Rosenheim und Traunstein trafen sich in Traunstein zur Jahreshauptversammlung. Der Bezirksvorsitzende Albert Dirnberger freute sich bei der Begrüßung besonders, wieder neue Mitglieder der Versammlung vorstellen zu können. Den wichtigsten Programmpunkt des Abends bildeten die Vorstandswahlen. Nach einem kurzen Rechenschaftsbericht stellte sich der bisherige Vorstand der Wiederwahl. Neben Dirnberger wurden auch der stellvertretende Vorsitzende Wolfgang Benischke, die Kassenführerin Constance Kretschmar und der Schriftführer Manfred Biermaier erneut in ihre Ämter gewählt.

Als Beisitzer wurden in den Vorstand berufen: Agnes Englmeier für das Amtsgericht Altötting, Otto Niedermeier für das Amtsgericht Laufen, Oskar Stoiber für das Amtsgericht Mühldorf a. Inn, Claudia Kammermeier für das Amtsgericht Rosenheim, Andrea Nöth für das Amtsgericht Traunstein und Manila Harder für die Staatsanwaltschaft Traunstein. Die Kollegin Kammermeier und der Kollege Niedermeier gehörten auch bisher schon als Beisitzer dem Vorstand an. Die Erweiterung des Vorstands dient der Präsenz des Verbandes bei den vielen Justizbehörden im Landgerichtsbezirk Traunstein sowie der Nähe zu den Mitgliedern des Verbandes. Im Amt des Kassenprüfers wurde Franz Hager bestätigt.

Der alte und neue Bezirksvorsitzende Albert Dirnberger dankte den Anwesenden für das dem gesamten Vorstand entgegengebrachte überwältigende Vertrauen und sicherte zu, dass man auch künftig sich für alle Belange der Mitglieder einsetzen und den Beruf des Rechtspflegers nach Möglichkeit fördern werde.

Nicht erst seit dem schrecklichen Ereignis von Dachau, bei dem während einer Strafsitzung ein Angeklagter einen jungen Staatsanwalt erschoss, beschäftigen sich die Rechtspfleger mit dem Thema Sicherheit. Schon mehrere Jahre fordern sie trotz der gravierenden Personalknappheit im Rechtspflegerbereich die Schaffung zusätzlicher Wachtmeisterstellen. Deswegen zeigten sie sich erleichtert, dass nunmehr die Politik endlich reagiert und die notwendigen finanziellen Mittel zur Erhöhung der Sicherheit in den Gerichtsgebäuden zur Verfügung gestellt hat.

Die Teilnehmer waren sich aber einig, dass es eine absolute Sicherheit nicht geben kann und die Justiz weiterhin für alle Bürger und Rechtsuchende offen bleiben muss. Sehr kritisch sieht man jedoch den Einsatz von privaten Sicherheitsunternehmen über eine momentan notwendige Übergangszeit hinaus.

Ein weiteres Gesprächsthema waren die vorgesehenen Änderungen in den Beurteilungsrichtlinien samt einem modifizierten Spitzenstellenkonzept. Wie Wolf-



Der neue Vorstand bei der Besichtigung der Baustelle vor dem Justizzentrum Traunstein (von links): Wolfgang Benischke, Constance Kretzschmar, Albert Dirnberger und Manfred Biermaier. Mit dem Bau des lange geplanten Sicherheitspavillons wird die wichtigste Forderung des Sicherheitskonzepts für die Traunsteiner Justizbehörden realisiert. Seit Jahren war man in Traunstein bemüht, die Sicherheit für die Bediensteten und alle Besucher ständig zu erhöhen.

gang Benischke berichtete, war ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die Ursache für die jetzt vom Justizministerium an den Tag gelegte Eile. Wie alle Beamte – was in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist – unterliegen die Rechtspfleger dem Leistungsprinzip und werden daher alle vier Jahre beurteilt und „benotet“; künftig soll dieser Turnus auf drei Jahre verkürzt werden. Gleich von mehreren Teilnehmern wurde der Vorstand aufgefordert, aufmerksam und of-

fensiv den Entscheidungsprozess zu begleiten. Schon jetzt hätten viele Kollegen das Gefühl, dass die reine Rechtspflegearbeit gegenüber Verwaltungsaufgaben nicht ausreichend gewürdigt wird; egal ob es sich um Betreuungs-, Nachlass-, Vollstreckungs- oder Grundbuchsachen handelt, gerade die hohe Fach- und auch Sozialkompetenz der Rechtspfleger ist dabei für den Bürger von unschätzbarem Wert.

Die Rechtspflegeinspektorinnen Yvonne Stadelmann, Jana Gesell und Andrea Nöth appellierten an den Vorstand, nochmals das Thema „Absenkung der Eingangsbesoldung für Dienstanfänger“ aufzugreifen und bei den zuständigen Stellen vorzutragen. Allgemein äußerte man zwar ein gewisses Verständnis dafür, dass im Staatsanwaltschafts- und Richterbereich die Dienstrechtsreform 2010 mit einer Reihe von Stellenhebungen einherging, weniger schon dafür, dass die Rechtspfleger insoweit - von neuen Dienstbezeichnungen abgesehen - leer ausgingen. Völlig ungerecht empfinde man aber die zeitgleiche 18monatige Absenkung der Eingangsbesoldung für die, die sowieso am wenigsten verdienen.

Zum Schluss berichtete Constance Kretzschmar über den Planungsstand für die Studienreise nach Istanbul im nächsten Herbst. Ein erstes Schreiben an das Justizministerium in Ankara sei bereits verfasst und müsse jetzt übersetzt werden. Man sei recht optimistisch, den Mitgliedern wieder ein attraktives und interessantes Programm anbieten zu können.

BV Traunstein

Diverses

- ◆ Bund und Länder haben sich auf ein Mediationsgesetz geeinigt. Künftig müssen die Beteiligten bei Erhebung einer Klage dem Gericht mitteilen, ob dem Rechtsstreit der Versuch einer außergerichtlichen Konfliktlösung vorausgegangen ist oder warum sie darauf verzichtet haben. Das streitentscheidende Gericht kann den Parteien eine Mediation oder ein anderes Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung vorschlagen. Das gilt selbst dann, wenn sie bereits ein gerichtliches Verfahren angestrengt haben.
- ◆ Seit dem 05. Juli 2012 ist der zweite Teil des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrecht in Kraft. Darin wird z.B. geregelt dass Amtsvormünder nunmehr höchstens noch für 50 Kinder und Jugendliche verantwortlich sein dürfen (in der bisherigen Praxis waren es häufig 120 oder mehr). Er soll außerdem einmal im Monat einen persönlichen Kontakt zu seinem Mündel pflegen Außerdem hat das Familiengericht die Tätigkeit des Vormunds im Hinblick auf dessen persönlichen Kontakt zu dem Mündel zu beaufsichtigen.
- ◆ Der Präsident des Landgerichts München I, Gerhard Mützel, wurde in den Ruhestand verabschiedet und Dr. Hans-Joachim Heßler in dieses Amt eingeführt.
- ◆ Bayern stellt als erstes Land den Absolventen der Ersten Juristischen Prüfung ab dem Frühjahr 2012 neben dem Examenszeugnis ein so genanntes Diploma Supplement ausstellt, das weltweit verwendbar ist. Das Dokument enthält in englischer Sprache alle zentralen Informationen zum Hochschulabschluss und den damit verbundenen Qualifikationen. Das erleichtert den internationalen Nachweis und damit die Anerkennung der Qualifikation ganz erheblich.

- ◆ Die Zahl der Insolvenzverfahren in Bayern nimmt weiter zu. Das Landesamt für Statistik zählte zwischen Januar 2012 und März 2012 878 Unternehmensinsolvenzen, das sind 4,6% mehr als im Vorjahr.
- ◆ Das Bundeskabinett hat am 18.07.2012 nun den Gesetzentwurf zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte beschlossen.
- ◆ Eine Übertragung der Verbraucherinsolvenzverfahren auf den Rechtspfleger ist im Gesetzesentwurf nicht mehr vorgesehen. Hierzu steht in der Begründung etwas lapidar "Die funktionelle Zuständigkeit des Richters nach Maßgabe von § 18 Absatz 1 Nummer 1 des Rechtspflegergesetzes, die sich in der Praxis bewährt hat, bleibt bestehen."

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: info@rechtspflegerverband-bayern.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter www.rechtspflegerverband-bayern.de

Vorsitzender Peter Hofmann, Bamberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.